



# Europa Newsletter

**Sabine Verheyen**  
Ihre CDU-Europaabgeordnete

**März 2021**

## Aus dem Plenum

### Pressefreiheit in Polen und Ungarn

Im Plenum stand diese Woche das Thema Pressefreiheit in Polen und Ungarn auf der Agenda. Der Auslöser hierfür war ein Antrag von uns als EVP-Fraktion. Denn in Polen wurde ein Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, der eine Steuer auf Werbeeinnahmen des unabhängigen Mediensektors vorsieht. Die Abgabe dient laut polnischer Regierung dazu, die Kosten der Pandemie zu decken. Sie wirkt jedoch eher wie ein Angriff auf die unabhängigen Medien, denn andere Branchen sind von dieser Zahlung nicht betroffen. Und auch in Ungarn wurde die Arbeit der unabhängigen Presse erneut beeinträchtigt, indem im Februar die Betriebslizenz des letzten unabhängigen Radiosenders Klubrádió nicht verlängert wurde.

Presse- und Meinungsfreiheit zählen zu den grundlegenden Pfeilern unserer Demokratie. Sie sind Teil der gemeinsamen europäischen Wertebasis und erfüllen wichtige Funktionen für die Demokratie. Einerseits informieren sie die Öffentlichkeit. Andererseits dienen sie als Kontrollinstanz über die Regierung. Sie sind damit fundamental für eine starke zukunftsfähige Demokratie in Europa und Regierungen haben die Pflicht, sicherzustellen, dass die Medien in der Lage sind, diese Funktionen in ihrem Land auszuführen.

Die Entscheidungen um Klubrádió in Ungarn und die unfaire Besteuerung der privaten Medien in Polen sind Teil einer langen Reihe von Bemühungen dieser Regierungen, die Kontrolle über die Medienlandschaft zu übernehmen. Es entsteht daher der Eindruck, dass die Entscheidungen bewusst dem Zweck dienen, immer mehr staatliche Kontrolle über die Medienlandschaft zu erlangen.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

### Bewertung der Geoblocking-Verordnung

Auf Basis des Evaluierungsberichts der Kommission vom Dezember, wurde im Plenum erneut über die Geoblocking-Verordnung diskutiert. Der Bericht zeigt einige positive Entwicklungen auf, stellt jedoch auch Verzögerungen bei der Umsetzung der Verordnung fest. Das muss weiter verbessert werden. Ein Fokus der Diskussion lag zudem auf audiovisuellen Diensten, sprich der Film- und Serienbranche. Denn diese werden immer beliebter, sind jedoch bisher meist nur territorial begrenzt verfügbar, also vom Geoblocking betroffen.

Dies mag für den Verbraucher zwar störend sein, doch territoriale Lizenzen sind in der Filmbranche enorm wichtig. Denn um Filme wie „Toni Erdmann“ oder „Drachenreiter“ finanzieren zu können, müssen die Macher selbst entscheiden können, wo, wann und wie sie ihre Filme anbieten möchten. All das hängt, wie in jeder Industrie, von den Kosten und der Nachfrage ab. Die Faktoren variieren in dieser Branche jedoch besonders stark, da sie kulturell bedingt sind. Die territoriale Exklusivität und damit das Geoblocking, ermöglichen eine zielgenaue Vermarktung der Projekte. Dies erleichtert die Suche nach Investoren. Nur so können neben den großen globalen Konzernen auch etablierte mittelständische Unternehmen und frisch gegründete Film-Startups internationale Erfolge feiern. Territoriale Lizenzen machen Filmproduzenten also unabhängig von global agierenden Plattformen und mächtigen TV-Sendern.

Meiner Meinung nach muss das Geoblocking für audiovisuelle Dienste daher weiterhin möglich sein. Dies gilt sowohl für eine Online- als auch eine Offlinevermarktung der Medien. Ich möchte auch hervorheben, dass es bereits Möglichkeiten gibt, die die Nutzung von Online-Content-Services wie beispielsweise Sky oder Netflix im europäischen Ausland erlauben. Bereits 2017 haben wir die Portabilitätsverordnung beschlossen, die Verbrauchern ermöglicht, ihre Video-On-Demand Dienste und Abonnements überall in der Europäischen Union zu nutzen.

[Erfahren Sie hier mehr über das Thema Geoblocking.](#)

## **„InvestEU“ – das neue EU-Programm zur Ankurbelung von Investitionen**

„InvestEU“ ist das Leitprogramm der EU zur Mobilisierung von Investitionen. Es baut auf dem „Europäischen Fonds für strategische Investitionen“ auf, der 2015 als Kernstück des Juncker-Plans eingerichtet wurde. Bis 2020 konnten dadurch über 500 Milliarden Euro Investitionen in der EU mobilisiert werden. „InvestEU“ soll nun dazu beitragen, die europäische Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder in Gang zu bringen. Es soll vor allem die Risiken für private Investoren mildern und sie so zu Investitionen motivieren. Diese sind dringend nötig, um unsere Wirtschaft wieder zu stärken. Gleichzeitig werden durch das Programm bewusst Investitionen in bestimmten Politikbereichen gefördert, um die Prioritäten der EU umzusetzen. Dazu gehören vor allem die Stärkung der Resilienz, die Digitalisierung und der grüne Wandel.

Aufgrund der aktuellen, durch die Corona-Pandemie ausgelösten, Wirtschaftskrise, wurde der Geltungsbereich des Programms erweitert. Ganz konkret wurden „strategische europäische Investitionen“ als weiterer Politikbereich mitaufgenommen. Investitionen in diesem Bereich sollen unter anderem dazu beitragen, die Unabhängigkeit der EU in Schlüsselsektoren zu sichern und den Aufbau stärkerer europäischer Wertschöpfungsketten ermöglichen. Zudem wurde das Budget im Bereich „nachhaltige Infrastruktur“ verdoppelt. Um Investitionen zu mobilisieren wird eine EU-Haushaltsgarantie in Höhe von etwa 26,2 Milliarden Euro eingerichtet.

[Meinen Redebeitrag aus dem Plenum zu InvestEU finden Sie hier.](#)

## **Europäisches Parlament verabschiedet neues EU-Gesundheitsprogramm „EU4Health“**

Das Europäische Parlament hat diese Woche die Verordnung für das Aktionsprogramm im Bereich Gesundheit („EU4Health“) verabschiedet. Mit dem neuen EU-Gesundheitsprogramm stellt die EU den Mitgliedsstaaten, Gesundheitsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen finanzielle Mittel zur Verfügung, um den Gesundheitssektor zu stärken. Ziel ist es, die Gesundheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen und die Koordinierung untereinander zu fördern, um die Gesundheit der Menschen überall in der EU zu verbessern.

Die Aachener CDU-Europaabgeordnete Sabine Verheyen erklärt dazu: „EU4Health‘ ist ein Zeichen der Entschlossenheit, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in der EU zu schützen. Das Programm ermöglicht es der EU, sich bestmöglich auf zukünftige Gesundheitskrisen vorzubereiten und diese besser bewältigen zu können. Die Corona-Pandemie hat uns Lücken in unseren Gesundheitssystemen aufgezeigt und deutlich gemacht, dass gerade die gesundheitspolitische Zusammenarbeit in Europa besser werden muss. Dazu wird das neue Programm beitragen.“

Im Rahmen des Programms stehen zwischen 2021 und 2027 5,1 Milliarden Euro für Gesundheit zur Verfügung. Damit ist „EU4Health“ das bisher größte Gesundheitsprogramm der EU, gemessen an der finanziellen Ausstattung. „Das neue EU-Gesundheitsprogramm ist ein großer Erfolg für uns als Europäische Volkspartei. Ursprünglich wollte die EU-Kommission kein eigenständiges Gesundheitsprogramm auf EU-Ebene mehr auflegen, gegen den Willen der CDU/CSU-Gruppe. Erst die Corona-Pandemie hat zu dem notwendigen Kurswechsel geführt. Als EVP-Fraktion haben wir uns in den Verhandlungen über das Programm für eine verbesserte finanzielle Ausstattung stark gemacht.“, so Verheyen abschließend.

[Lesen Sie hier meine Pressemitteilung zu EU4Health weiter.](#)

## **Verbindliche Sorgfaltspflichten europäischer Unternehmen in ihren Lieferketten**

Nicht nur in Deutschland wurde über ein Lieferkettengesetz diskutiert. Auch im Europäischen Parlament haben wir letzte Woche eine Entschließung zu diesem Thema verabschiedet, in der wir unsere Forderungen an die Kommission vorstellen. Sorgfaltspflichten sind ein wichtiger Schritt, damit Firmen in ihren Wertschöpfungsketten mehr Verantwortung in Bezug auf den Schutz von Menschenrechten und Umwelt übernehmen. Gleichzeitig schaffen wir mit einheitlichen Vorschriften in Europa gleiche Wettbewerbsbedingungen sowie Rechtssicherheit für alle Unternehmen.

Bisher haben wir hier auf freiwillige Mechanismen gesetzt. Diese waren jedoch leider nicht ausreichend, da sich nur einzelne Unternehmen beteiligt haben. Außerdem bieten freiwillige Initiativen den Opfern nicht die Möglichkeit, sich an öffentliche Gerichte zu wenden, falls Vorschriften nicht eingehalten werden. Einzelne Mitgliedstaaten, wie auch Deutschland, haben daher eigene Gesetzesentwürfe diskutiert und verabschiedet. Das Europäische Parlament fordert hingegen einheitliche Vorschriften in Europa, um gleiche Wettbewerbsbedingungen sowie Rechtssicherheit für alle Unternehmen zu schaffen. Zudem müssen wir Regelungen finden, die für alle Unternehmen gelten, die auf dem europäischen Binnenmarkt tätig sind. Ein Fokus rein auf europäische Unternehmen würde diesen einen Wettbewerbsnachteil verschaffen.

Ich halte es für sehr wichtig, sinnlose Bürokratie zu verhindern. Die Wertschöpfungsketten der Unternehmen sind häufig sehr komplex. Nicht jedes Unternehmen ist daher in der Lage, jeden einzelnen seiner möglicherweise tausenden von Lieferanten zu kontrollieren. Gerade kleine und mittelständige Unternehmen würden wir damit überfordern. Deshalb setzen wir in der EVP-Fraktion auf einen risikobasierten Ansatz. Hierbei sollen Unternehmen die Teile der Lieferkette bei der Prüfung priorisieren, bei denen ein hohes Risiko von z.B. Menschenrechtsverletzungen vorliegen könnte. Agiert ein Zulieferer innerhalb der EU und fällt damit selbst unter die Richtlinie, besteht keine Prüfpflicht. Auch kleine und mittelständige Unternehmen fallen nur dann unter die Richtlinie, wenn sie in hochrisikobasierten Sektoren agieren. Diese sollen von der Kommission definiert werden.

[Erfahren Sie hier mehr über die Entschließung zur Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht von Unternehmen.](#)

## **CO2-Grenzausgleichsmechanismus**

Im Zuge des Green Deals, der 2019 von der Kommission vorgeschlagen wurde, sind vielfältige Maßnahmen zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 nötig. Dies betrifft auch unsere Wirtschaft. Es muss jedoch unser Ziel sein, die Produktion in Europa zu halten und unsere Unternehmen vor unfairer Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen. Denn europäische Unternehmen dürfen nicht durch die ambitionierte Klimapolitik der Union auf dem Weltmarkt benachteiligt werden. Ein CO2-Grenzausgleichsmechanismus ist dabei ein oft diskutierter aber auch umstrittener Ansatz. Die Grundidee dabei ist, dass Waren, die in die EU importiert werden, „an der Grenze“ Abgaben für CO2-Emissionen leisten müssen, wie für in Europa produzierte Produkte. Damit sollen Produktionsverlagerungen, etwa von Stahl, in Drittländer verhindert werden.

Ein solcher Grenzausgleichsmechanismus ist jedoch kein Allheilmittel. Problematisch ist beispielsweise, dass das Instrument den geltenden Regeln der Welthandelsorganisation zuwiderlaufen könnte. Doch unsere Unternehmen brauchen Zugang zum globalen Markt und keine zusätzlichen Nachteile durch Reaktionen anderer Wirtschaftsregionen auf den Grenzausgleichsmechanismus. Damit unsere Wirtschaft global wettbewerbsfähig bleibt, war es und als EVP-Fraktion zudem wichtig, weiterhin kostenlose Zertifikate für ausgewählte Industrien zu vergeben. Aus diesem Grund unterstütze ich die Entscheidung des Europaparlaments, gegen Kürzungen bei der freien Zuteilung von Emissionszertifikaten. Das Ziel bleibt jedoch ein globales Emissionshandelssystem, um eine gerechte CO2-Bepreisung weltweit zu erreichen.

[Erfahren Sie hier mehr über die Diskussion zum CO2-Grenzausgleichsmechanismus.](#)

## Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas

Mit der feierlichen Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung von Europaparlament, EU-Kommission und EU-Ratspräsidentschaft am Mittwoch wurde es besiegelt: Die lang erwartete Konferenz zur Zukunft Europas kann endlich losgehen.

Was funktioniert an Europa, was funktioniert nicht? Wie kann man die demokratische Legitimation der EU verstärken? Die Erfahrungen bei der Impfstoffbeschaffung und anderen Krisen der vergangenen Jahre zeigen, dass das derzeitige EU-Institutionengefüge oft zu langsam und ineffektiv auf existentielle Herausforderungen reagiert. Diesen und weiteren Themen wird sich die Konferenz zur Zukunft Europas widmen. Konkret soll das in Form zahlreicher EU-weiter Veranstaltungen und Debatten sowie über eine interaktive mehrsprachige Online-Plattform geschehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie der Zivilgesellschaft. Die Konferenz soll Menschen aus ganz Europa die Möglichkeit bieten, ihre Ideen auszutauschen und so unsere gemeinsame europäische Zukunft mitzugestalten.

Wir in der CDU/CSU-Gruppe möchten Europa als lebenswerten und geeinten Kontinent für kommende Generationen weiterentwickeln. Wir brauchen daher tiefgreifende Reformen in der Kompetenzverteilung, den Institutionen und der politischen Praxis der EU.

[Erfahren Sie hier mehr über die Konferenz zur Zukunft Europas.](#)

## Ausschreibung

### Förderprogramm „Jonge Kunst“

Mit Geldern aus dem Fonds *Soziokultur* und dem Fonds *voor Cultuurparticipatie* soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von deutschen und niederländischen Kulturinitiativen und Kultureinrichtungen gefördert werden. Unterstützt werden ideenreiche und experimentierfreudige Partnerprojekte, die von deutschen und niederländischen kulturellen Akteurinnen und Akteuren gemeinsam konzipiert und umgesetzt werden. Für das Förderprogramm »Jonge Kunst« werden aus beiden Fonds jeweils 100.000 Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt. Anträge können bis zum 15. April 2021 eingereicht werden. Die Förderentscheidung wird voraussichtlich Anfang Juli 2021 bekanntgegeben.

[Weitere Informationen über die neuen Förderprogramme finden Sie hier.](#)

**Sabine Verheyen**, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)